

**ANTRAG UM FINANZIELLE SOZIALHILFE FÜR FAMILIEN MIT MINDERJÄHRIGEN KINDERN  
Covid-19-Kindergeld Art. 53 des DLH 30/2000**

ERSATZERKLÄRUNG IM SINNE  
des Art. 5 des L.G. Nr. 17/93, in geltender Fassung

**Der/die Unterfertigte**

Nachname und Name .....

geboren in ..... am .....

ansässig/mit Sitz/Domizil in Straße ..... Nr. ....

PLZ .....Ortschaft ..... Prov. ....

Steuernummer .....

Tel. .... E-mail: .....

**beantragt die Leistung „Covid-19-Kindergeld“**

**für sich und seine Familiengemeinschaft**

**oder für:** (auszufüllen nur falls das Gesuch von einem Vormund oder Sachwalter gestellt wird)

Nachname und Name .....

geboren in ..... am .....

ansässig/mit Sitz/Domizil in Straße ..... Nr. ....

PLZ ..... Ortschaft ..... Prov. ....

Steuernummer .....

Tel. .... E-mail .....

**IBAN** für die Auszahlung der Leistung:

.....

Lautend auf den Namen: .....

**Anlagen (obligatorisch):**

Ausweis und Steuernummer der Person, welche den Antrag unterschreibt, und IBAN für die Auszahlung der Leistung

Falls der Beginn einer neuen Arbeit aufgrund des Covid-Notstandes nicht mehr möglich war, Bestätigung vonseiten des Arbeitgebers (***falls noch nicht im Besitz des Sozialsprengels***)

**Der/die Antragsteller/in erklärt für sich und im Auftrag der weiteren dazugehörigen Mitglieder der eigenen Familiengemeinschaft, folgende Fakten, die Voraussetzung zum Ansuchen sind:**

dass im Zeitraum **vom 24.4.2020 bis 20.08.2020** die Familiengemeinschaft

<p>die Leistungen „Soforthilfe Covid-19“ und/oder „Covid-19 Sonderbeitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten“ <u>bezogen</u> hat</p> <p style="text-align: center;"> <input type="checkbox"/> JA                      <input type="checkbox"/> NEIN         </p>
---

**FALLS NEIN:**

<p><input type="checkbox"/> die Leistungen „Soforthilfe Covid-19“ und/oder „Covid-19 Sonderbeitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten“ <u>beantragt aber nicht bezogen</u> hat</p> <p><input type="checkbox"/> die Leistungen „Soforthilfe Covid-19“ und/oder „Covid-19 Sonderbeitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten“ <u>weder beantragt noch bezogen</u> hat</p> <p>und dass, im Sinne des Art. 52 Absatz 2 des DLH 30/2000, mindestens ein Mitglied der Familiengemeinschaft          (Vor- und Nachname) .....</p> <p>Arbeitnehmer oder Selbstständiger im Bereich.....          Tätigkeit: .....          ist</p> <p>und im Zeitraum von ..... bis ..... die eigene Arbeitstätigkeit nicht ausüben konnte          (Achtung: nicht nur die Arbeitsstunden reduziert hat) aufgrund:</p> <p><input type="checkbox"/> <b>einer Aussetzung/einem Verlust der Arbeitstätigkeit</b> (z.B. Kündigung vonseiten des Arbeitgebers)</p> <p><input type="checkbox"/> <b>Widerruf der vorgesehenen Wiederaufnahme/Keine Aufnahme der Arbeitstätigkeit</b> (z.B. keine Verlängerung des Arbeitsvertrages oder keine Anstellung)</p> <p><input type="checkbox"/> <b>Unfähigkeit, die bestehende Arbeitstätigkeit aufgrund der vorgesehenen Covid-Einschränkungen ausüben zu können</b> (z.B. Schließung des Geschäftes oder des Büros)</p>
--

Der/die Antragsteller/in erklärt zudem, dass die De-Facto Familiengemeinschaft aus folgenden zusammenlebenden Familienmitgliedern, welche sich im Moment der Gesuchstellung in Südtirol befinden (LG 13/1991) besteht:

Name/Nachname	Steuernummer	Geburtsort- und Datum	Verwandtschaftsgrad
			Antragsteller

**Ich erkläre**, dass alle im Gesuch gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und dass keine wichtigen Angaben verschwiegen worden sind.

**Ich erkläre**, im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, aufgeklärt worden zu sein und mir bewusst zu sein, dass ich, laut Strafgesetzbuch und Sondergesetzen, für alle unwahren oder unvollständigen Angaben und für die Vorlage falscher Urkunden strafrechtlich verantwortlich bin und dass ich unrechtmäßig bezogene Leistungen rückerstatten muss.

**Ich ermächtige** diese Körperschaft bei den zuständigen Stellen unmittelbar zu kontrollieren ob die gelieferten Daten der Wahrheit entsprechen. Sie kann auch bei Kreditinstituten oder sonstigen Finanzvermittlern (Banken namentlich anführen: \_\_\_\_\_) nachforschen und bei diesen Informationen über Geschäftsbeziehungen einholen.

**Aufklärung im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung)**

Das vorliegende Formular ist VOLLSTÄNDIG auszufüllen. Alle im Formular geforderten Angaben gelten als zwingend anzugeben und unerlässlich. Nicht vollständig ausgefüllte Formulare sind im Sinne des Art. 44, Abs. 5 des D.LH. Nr. 30/2000, in geltender Fassung, wirkungslos und man hat kein Anrecht auf eine Leistung.

Die von der betroffenen Person angegebenen Daten (meldeamtliche Daten, familiäre, soziale, wirtschaftliche und Arbeitssituation), einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Invalidität, Pflegebedürftigkeit, Bezug von Entschädigungen oder Renten aufgrund der Einschränkung) werden, auch in digitaler Form (unter Einhaltung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen gemäß der EU-Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten und durch geeignete Verfahren zur Gewährleistung der Vertraulichkeit) im notwendigen Ausmaß ausschließlich zu institutionellen Zwecken für die Erfordernisse des Landesgesetzes 13/1991, und insbesondere der Artikel 7 und 7/bis, und des DLH 30/2000, in geltender Fassung, von der Verwaltung des Dienstes, und jedenfalls unter Berücksichtigung der in der Verordnung (EU) 2016/679 erhaltenen Vorschriften, verarbeitet.

Im Sinne des Art. 13, Absatz 1, Buchstabe e) der Verordnung (EU) 2016/679 können der Rechtsinhaber (Verantwortlicher), die Auftragsverarbeiter und die verantwortlichen Sachbearbeiter Kenntnis über die persönlichen Daten erhalten. Die Daten können im notwendigen Ausmaß zur Erfüllung einer Gesetzesverpflichtung und jedenfalls unter Berücksichtigung der in derselben Verordnung enthaltenen Vorschriften, an Subjekte, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind und im Allgemeinen an alle Trägerkörperschaften, an welche die Mitteilung zur Erreichung der institutionellen Zwecke notwendig ist, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes sind, weitergeleitet werden. Insbesondere können lediglich die meldeamtlichen Daten sowie jene betreffend die Beanspruchung von Sozialleistungen von anderen Trägerkörperschaften der Sozialdienste ausschließlich zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten und aufgrund der entsprechenden Vereinbarung im Sinne des Art. 58 Abs. 2 GvD Nr. 82/2005 genutzt werden.

Im Sinne der der Verordnung (EU) 2016/679 hat die betroffene Person folgende Rechte: von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob die betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden und, ist dies der Fall, auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten, Auszüge und Auskunft in verständlicher Form darüber zu erhalten, die Anonymisierung der Daten zu verlangen, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen (der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der Einwilligung vor dem Widerruf), das Recht auf Information über die Herkunft der personenbezogenen Daten, den Zweck und die Art der Verarbeitung sowie die angewandte Logik, wenn die Verarbeitung mit Hilfe elektronischer Mittel erfolgt, die personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu vervollständigen und/oder zu löschen, ihre Verarbeitung einzuschränken oder abzulehnen, sowie das Recht, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Die Daten werden so lange verarbeitet, wie es für die Erfüllung des Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien erforderlich ist und werden für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt, es sei denn, dass es gesetzlich ausdrücklich anders vorgesehen ist. Die Daten betreffend den Verantwortlichen der Datenverarbeitung im Sinne des Art. 13, Abs. 1, Buchstabe a) der Verordnung (EU) 2016/679 und jene betreffend den Datenschutzbeauftragten (DSB) sind auf der institutionellen Homepage der für die Bearbeitung dieses Gesuches zuständigen Körperschaften.

Hinsichtlich der Beauftragung zur Lieferung, Betreuung und Wartung der Daten ist der Verantwortliche für die Verarbeitung, die SIAG – Informatica Alto Adige SpA, in Person des Präsidenten und gesetzlichen Vertreters *pro tempore*.

Datum	Unterschreibt den Antrag und bestätigt die erhaltene Aufklärung im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679
<b>DEM AMTE VORBEHALTEN</b> Zum Nachweis der Identität des/der Antragstellers/in liegt, im Sinne der Art. 21 und 38 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, die Kopie eines gültigen Ausweises bei.	
Datum	Der verantwortliche Sachbearbeiter